

ganisation herabsinkt, oder sie suchen mit Hochdruck ihre eigene Organisation so zu stärken, daß diese schließlich der Arbeitnehmerorganisation gleichkommt. Im ersteren Falle werden sie sich negativer Mittel bedienen — negativ in dem Sinne, als diese Mittel Gewerbe und Industrie nicht fördern, sondern eher schädigen — wie es z. B. das Mittel der Aussperrung von Arbeitnehmern ist; im zweiten Falle werden sie positive Mittel zur Anwendung bringen, Mittel, die neben dem Zweck, dem Arbeitgeberinteresse dienstbar zu sein, auch Gewerbe und Industrie zu fördern geeignet sind. Solche positive Mittel ergeben nun auch positive Aufgaben, wie es z. B. die Herbeiführung von Tarifgemeinschaften mit den Arbeitnehmern ist; das Mittel dazu ist der Abschluß von Tarifverträgen. Die Tarifgemeinschaften nützen durch ihren Friedenszweck gleichmäßig dem Gewerbe und der Industrie, insofern sie während der Frist ihrer Aufrechterhaltung ein von allen Lohn- und sonstigen aus dem Arbeitsverhältnis sich ergebenden Streitigkeiten ungehindertes Schaffen gestatten. Tarifgemeinschaften bestehen heute schon recht viele in Gewerbe und Industrie, segensreich für das Wirtschaftsleben wirkend. Aber noch viel mehr Tarifgemeinschaften müssen sich in Gewerbe und Industrie bilden, wenn der Zweck voll erreicht werden soll.

Eine weitere positive, der Gewerbe- und Industrieförderung dienende Aufgabe ist für Arbeitgeberverbände die Schaffung und Unterhaltung einer möglichst über den die Tarifgemeinschaft bildenden Parteien stehenden Institution zur Schlichtung von Streitigkeiten über Auffassung, Deutung und Handhabung der Tarifverträge, wie wir eine solche in Deutschland schon bei den Buchdruckern finden. Das Mittel dazu ist hier die Einrichtung eines von Vertretern beider Tarifparteien gebildeten Tarifamtes, das sozusagen eine gewerblich-industrielle Spruchbehörde bildet.

Auch die Regulierung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkte ist eine Aufgabe für Arbeitgeberverbände. Dieser Aufgabe dienen als Mittel Arbeitsnachweisinstitutionen, die entweder unter Mitwirkung der Arbeitnehmer errichtet und verwaltet werden, sogenannte paritätische Arbeitsnachweise, oder die von den Arbeitgebern in einer anderen zweckmäßigen Weise organisiert sind. Das sind schon jetzt bestehende, der Gewerbe- und Industrieförderung dienende Aufgaben von Arbeitgeberverbänden. Wie vorher aber schon ausgeführt, werden sich im weiteren Verlaufe des Entwicklungsganges der Arbeitgeberorganisation noch mehr Aufgaben ergeben und heranbilden, die neben dem, daß sie den Arbeitgeberinteressen dienen, auch Gewerbe und Industrie fördern. Hängt doch mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen so vieles zusammen oder ist damit in Verbindung zu bringen, was das Gedeihen von Gewerbe und Industrie beeinflußt. Im nachstehenden sollen nun einige solcher Aufgaben bezeichnet und näher dargelegt werden. Vorher aber noch etwas über das Allgemein-Typische unserer Zeit.

Das Prinzip freier Konkurrenz im Wirtschaftsleben hat sich in Deutschland bekanntlich erst in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts voll herausgebildet; vorher stand das Gewerbe unter obrigkeitlichem Zwange. Mit dem zur Herrschaft gelangten Prinzip freier Konkurrenz konnte sich eine mächtige Industrie in Deutschland entwickeln; die ungehinderte freie Konkurrenz wurde aber, nachdem sie erst eine Reihe von Jahren bestanden hatte, in ihren Schattenseiten, selbst in der Industrie, fühlbar. Die Preise waren gesunken, die Löhne aber infolge des erwachten und in die Tat umgesetzten Solidaritätsbewußtseins der Arbeitnehmer gestiegen. Und gerade in der Industrie sah man ein, daß das „freie Spiel der Kräfte“, die ungehinderte Konkurrenz, im äußersten Extrem viel unnütze Kraftverschwendung bedeutet, insofern ein Konkurrent den anderen zu überbieten sucht und damit nicht nur dessen wirtschaftliche Existenzbedingungen, sondern auch seine eigenen fortgesetzt schädigt und herabsetzt. Man begann einzusehen, daß man so nicht nur den Hammer, sondern auch den Amboß bilde. Es kam aus Erwägungen solcher Art heraus zur Bildung von „Syndikaten, Kartellen, Preiskonventionen — alles zu dem Zwecke, einem weiteren Sinken der Preise möglichst vorzubeugen, und eine Erhöhung der Preise sowie andere Vorteile zu erstreben. Und in wachsendem Maße haben diese Bestrebungen zugenommen; wir gehen immer mehr einer Zeit entgegen, in der nicht mehr das freie Spiel der Kräfte, sondern ein berechnetes Spiel der Kräfte das ganze Wirtschaftsleben regelt und beeinflußt. Das Handwerk hat von diesen Bestrebungen bisher noch keinen Nutzen ziehen

können, sondern im Gegenteil Schaden davon gehabt — insofern Schaden, als durch die Kartellierungs- und Syndikatsbestrebungen die im Handwerk benötigten Rohstoffe verteuert wurden. Dies — die Verteuerung der Rohmaterialien — und weiter die Tatsache, daß die an die Arbeitnehmer im Handwerk zu zahlenden Löhne in den letzten Jahren ganz außerordentlich gestiegen sind, während die Preise für die Handwerkerleistungen und Lieferungen im allgemeinen nicht nur nicht gestiegen, sondern durch die auch im Handwerk herrschenden drückenden Konkurrenzverhältnisse eher gefallen sind, machen den Anschluß des Handwerks an die in der Industrie wahrzunehmenden, auf eine Erhöhung der Preise für Leistungen, Lieferungen usw. hinzielenden Bestrebungen zur gebieterischen Notwendigkeit. Durch die Gewerbegesetzgebung (§ 100 q der Gewerbeordnung) ist den Innungen das erfolgreiche Wirken in dieser Beziehung versagt; es steht aber dem nichts im Wege, daß die Arbeitgeberverbände im Handwerk die dahingehenden Bestrebungen in ihren Aufgabenkreis aufnehmen. Stehen doch diese Bestrebungen eng mit den Arbeitgeberinteressen in Verbindung, denn die Arbeitgeber im Handwerk — ebenso in der Industrie — vermögen die jetzt üblichen hohen Arbeitslöhne auf die Dauer nur dann zu zahlen, wenn sie zum mindesten vor einem weiteren Herabgleiten der Preise für ihre Leistungen usw. besser wie bisher geschützt sind. Wird dieses Herabgleiten der Preise doch auch durch die im Handwerk herrschenden, sich vielfach aus Mangel an hinreichendem Kapital ergebenden eigentümlichen Verhältnisse und die damit zusammenhängenden Mißstände im Submissionswesen ganz besonders begünstigt. Die Aufnahme solcher auf die Festlegung der Preise nach unten und — wo notwendig — auf die angemessene Erhöhung der Preise, unter Berücksichtigung angemessener Arbeitslöhne, hinzielenden Aufgaben in Arbeitgeberverbänden würde eminent gewerbefördernd wirken, besonders im Handwerk, da die auf Hebung des Handwerks gerichteten Bestrebungen im wesentlichen mit auf eine Erhöhung des Einkommens jedes selbständigen Handwerkers hinauslaufen. Und im Interesse aller deutschen Arbeitgeber würden solche Aufgaben ein rasches Fortschreiten im Ausbau der Arbeitgeberorganisation bewirken, besonders im Handwerk, wo die ihnen zugrunde liegenden Bestrebungen sehr populär sind. Damit würde dem Ziele einer großen deutschen Arbeitgeberorganisation und, mit zunehmender Erstarkung der Arbeitgeberverbände, einem gerechten Ausgleich der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen immer näher gerückt. Für manche, sich stark industriell entwickelnde Gewerbszweige sind solche Aufgaben, verbunden mit starker Betonung der Arbeitgeberinteressen, fast das einzige Mittel, die aus der Verschiedenartigkeit der einzelnen Betriebe sich ergebenden Differenzen zu überbrücken.

Fragen wir uns nun, bei der Wichtigkeit der Sache, wie die hier gekennzeichneten preisregulierenden Aufgaben von Arbeitgeberverbänden gelöst werden könnten. Wir denken uns die Lösung am besten noch durch eine die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes umfassende Preiskonvention, d. h. eine jedes Mitglied verpflichtende Vereinbarung von Mindestpreissätzen, unter die keines der Mitglieder bei Angeboten, Berechnungen und Kalkulationen gehen darf. Nach dem geltenden Recht und den vorliegenden Gerichtsentscheidungen ist allerdings eine andere als moralische Bindung für diese Mindestpreissätze bei den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes kaum möglich, wenigstens nicht bei denjenigen Verbänden, deren Mitglieder kapitalschwach sind, so daß mit Bareinzahlungen, die bei Nichteinhalten der Konvention verfallen würden, nicht gerechnet werden kann. Allein der moralische Zusammenhalt ist in der Regel durch den Kitt des Arbeitgeberinteresses sehr stark und bei einigermaßen geschickter Benutzung der Umstände und mit Einwirkung der Fachpresse läßt sich schon ein alle Mitglieder fest umschließendes Band der Zusammengehörigkeit schaffen, so daß der moralisch wirkende Zwang auf Einhaltung der Preiskonvention einen mit der Zeit wachsenden Erfolg verspricht.

Weitere der Industrie- und Gewerbeförderung dienende Aufgaben von Arbeitgeberverbänden wären:

1. Einschränkung der die Preise und die Arbeitslöhne drückenden Konkurrenz unter den Mitgliedern, etwa derart, daß in jedem einzelnen Falle eine bestimmte Zahl von Angeboten bei Ausschreibungen, Submissionen usw. nicht überschritten wird.
2. Regulierung der Produktion und Einschränkung der Überproduktion durch Vereinbarung der Mitglieder, Verteilung